



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

I/32/323.01

Wolfenbüttel, den 10. März 2023

Protokoll

über die 6. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung u. Gesundheit

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.03.2023
Sitzungsbeginn:	16:01 Uhr
Sitzungsende:	17:53 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Brücher, Bertold Bündnis 90/Die Grünen

Ordentliche Mitglieder

Emmerich, Peter	CDU
Ganzauer, Oliver	SPD
Graf, Frank	SPD
Hauptstein, Siegfried	SPD
Kamphenkel, Marcel	SPD
Kanter, Heike	CDU
Keye, Bernfried (online teilgenommen)	SPD
Müller, Karl - Heinz	CDU
Oesterhelweg, Frank	CDU
Pröttel, Leonhard	Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Försterling, Björn	FDP
Pastewsky, Jürgen	AFD

Beratende Mitglieder

Beims, André	
Graf, Florian	
Marowsky-Brée, Carsten (online teilgenommen)	
Sievers, Rolf	

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko
Klooth, Kathrin
Lehmann, Rüdiger
Schulze Kökelsum, Monika, Dr.
Glaeske, Olaf
Heintzen, Tanja

Erster Kreisrat
Leitung Dezernat III
Leitung Amt 32
Leitung Amt 53
Leitung Abteilung 323
Leitung Abteilung 321

Protokollführer

Brennecke, Daniel

Es fehlen:

Denecke, Frank
Wollschläger, Pascal

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 5. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Häufigkeit von Schilddrüsenkrebs in der Samtgemeinde Elm-Asse und der Gemeinde Dettum in den Diagnosejahren 2015 - 2019 (Sonderauswertung des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen) - Mündlicher Bericht
7. Neubau einer Rettungswache in Cremlingen
Vorlage: XIX-0262/2023
8. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige im Feuer- und Katastrophenschutz
Vorlage: XIX-0256/2023/1
9. Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine - Mündlicher Bericht
10. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
11. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Brücher eröffnet die 6. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit um 16:01 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Brücher stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Brücher stellt die Tagesordnung fest.

Änderungen liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 5. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Brücher stellt das Protokoll über die 5. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit einstimmig mit zwei Enthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 5. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit vom 24.11.2022 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 5.1 auf und stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Brücher schließt daraufhin den Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 5.2 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Müller teilt mit, dass es am Morgen des 02.03.2023 beim Absetzen eines Notrufes in Roklum zu einem Missverständnis mit der Leitstelle bezüglich des genauen Einsatzortes gekommen sei. Trotz Nennung des Ortes, habe es einen Rückruf der Leitstelle gegeben. Diese habe mitgeteilt, dass sich die entsandten Einsatzkräfte auf der Hauptstraße in Klein Vahlberg befinden und keinen Anrufer vorfinden. Zur Aufklärung der Situation sei eine entsprechende Beschreibung der geografischen Lage des Ortes Roklum notwendig gewesen.

Herr Beddig sichert eine Klärung des Vorfalles zu.

Protokollnotiz:

Es wurde eine Anfrage an die Integrierte Regionalleitstelle (IRLS) in Braunschweig gestellt. Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit wird in der nächsten Sitzung über die Antwort der IRLS informiert.

KAbg. Graf ergänzt, dass es sich hierbei nicht um einen Einzelfall handle. Dies sei der Verwaltung bekannt. Er regt an, dass der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit die Integrierte Regionalleitstelle in Braunschweig besucht, um einen besseren Eindruck über die Arbeitsweise der Leitstellendisponenten zu bekommen.

Vorsitzender Brücher bekräftigt diese Anregung und führt weiter aus, dass Besuche verschiedener Einrichtungen, die sich im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit befinden, wichtig für ein besseres Verständnis seien.

Herr Beims stellt eine Anfrage zu Schuleingangsuntersuchungen (SEU). Die Anfrage umfasst vier Fragestellungen:

1. Für welchen Anteil der Schulanfänger wird die SEU entfallen?
2. Wie waren die entsprechenden Abdeckungen in den Vorjahren bis einschließlich 2019, also vor Corona?
3. Nach welchen Kriterien erfolgt die Entscheidung über eine stattfindende bzw. entfallende Untersuchung?
4. Wie ist sichergestellt, dass hier Kinder, die möglicherweise nicht voll schulfähig sind und eventuell Unterstützungen im Schulstart benötigen, auch erfasst werden?

Protokollnotiz:

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage durch Frau Klooth ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

KAbg. Emmerich fragt nach dem aktuellen Stand des Konzepts Bürgerleuchttürme, welches in der letzten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit durch die Katastrophenschutzmanagerin des Landkreises, Frau Krawczyk, vorgestellt wurde.

Herr Glaeske teilt mit, dass es am 13. Januar 2023 einen Workshop mit den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden gegeben habe. Der dort erarbeitete Zeitplan sieht bis zum 15. März 2023 die Suche der Gemeinden nach geeigneten Standorten der Leuchttürme mit entsprechender Rückmeldung an den Landkreis mittels eines Erfassungsbogens vor. Die Betriebs- und Einsatzfähigkeit der Leuchttürme sei ab Ende September 2023 geplant.

KAbg. Kamphenkel bittet vor dem Hintergrund diverser geplanter Neubauten von Feuerwehrgerätehäusern in der Samtgemeinde Baddeckenstedt um die Bereitstellung einer Auswertung der Eintreffzeiten des Rettungsdienstes.

Protokollnotiz:

Die Hilfsfrist in der Samtgemeinde Baddeckenstedt wurde im Zeitraum 01.01.2022-28.02.2023 zu 75,73 % erreicht. Der Berechnung liegen 650 Einsätze zugrunde.

TOP 6 Häufigkeit von Schilddrüsenkrebs in der Samtgemeinde Elm-Asse und der Gemeinde Dettum in den Diagnosejahren 2015 - 2019 (Sonderauswertung des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen) - Mündlicher Bericht

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf und übergibt das Wort an Frau Dr. Schulze Kökelsum.

Frau Dr. Schulze Kökelsum stellt die Sonderauswertung des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen zur Häufigkeit von Schilddrüsenkrebs in der Samtgemeinde Elm-Asse und der Gemeinde Dettum in den Diagnosejahren 2015 - 2019 anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

KAbg. Graf fragt, woher die Zahlen stammen.

Frau Dr. Schulze Kökelsum teilt mit, dass eine Verpflichtung der Ärzte zur Meldung der Diagnosen besteht.

KAbg. Müller betont mit Blick auf die Forderung des Rates der Samtgemeinde Elm-Asse nach einem Gesundheitsmonitoring sowie angesichts der aktuellen Planungen zur Atommüll-Rückholung, dass eine Fortführung der Sonderauswertung äußerst sinnvoll sei. Zudem würden durch die bisherigen Sonderauswertungen bereits Basisdaten vorliegen.

Frau Dr. Schulze Kökelsum teilt mit, dass eine Fortführung der Sonderauswertung mit dem Epidemiologischen Krebsregister Niedersachsen besprochen werden könne. Aufgrund der Verpflichtung der Ärzte würden die Daten ohnehin weiter gemeldet werden.

Frau Klooth ergänzt, dass die Daten jederzeit selbst über das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen abgerufen werden können. Ferner sei für die letzte Sonderauswertung ein entsprechender Kreistagsbeschluss notwendig gewesen.

Landrätin Steinbrügge fügt hinzu, dass das Anliegen des Rates der Samtgemeinde Elm-Asse bekannt sei und sichert Gespräche mit dem Landesgesundheitsamt sowie dem Epidemiologischen Krebsregister Niedersachsen bezüglich der Fortführung der Sonderauswertung zu. Sofern für eine weitere Sonderauswertung ein erneuter Kreistagsbeschluss notwendig sei, würde dieser eingeholt werden.

KAbg. Kamphenkel schließt sich KAbg. Müller an und bittet darum, über zukünftige Entwicklungen im Zusammenhang mit der Fortführung der Sonderauswertung informiert zu werden.

Frau Klooth teilt mit, dass ein Beschluss nicht eilbedürftig sei und sichert einen Bericht über die Gespräche mit dem Epidemiologischen Krebsregister Niedersachsen in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit zu.

KAbg. Oesterhelweg bekräftigt seine Unterstützung in Bezug auf die eventuelle Notwendigkeit des Einholens eines Kreistagsbeschlusses.

KAbg. Ganzauer fragt, ob der damalige Kreistagsbeschluss auf die Sonderauswertung von 2015 bis 2019 begrenzt gewesen sei.

Frau Klooth führt aus, dass der Kreistagsbeschluss den konkreten Arbeitsauftrag für eine Sonderauswertung der Jahre 2015 bis 2019 enthielt. Der Kreistagsbeschluss sei seitens des Epidemiologischen Krebsregisters notwendig gewesen.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nimmt von dem mündlichen Bericht zur Sonderauswertung des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen Kenntnis.

TOP 7 Neubau einer Rettungswache in Cremlingen **Vorlage: XIX-0262/2023**

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf.

Herr Beddig erläutert die Vorlage.

KAbg. Pröttel stellt zwei Fragen:

1. Wurde angesichts der geringen Nutzfläche der zweiten Ebene eine komplett ebenerdige Lösung geprüft? Bei einer ebenerdigen Lösung würden keine Kosten für den Fahrstuhl und die Treppen anfallen.
2. Ergibt es Sinn, die Hallen des Rettungsdienstes in der gleichen Höhe der Hallen der Feuerwehr zu bauen? Feuerwehrfahrzeuge könnten dann im Bedarfsfall in den Hallen des Rettungsdienstes untergestellt werden.

Herr Beddig führt aus, dass der linke Teil des Gebäudes durch die Gemeinde Cremlingen geplant worden sei. Bei der Planung des rechten Teils wurde das Augenmerk auf die Erfüllung der DIN-Anforderungen an eine Rettungswache gelegt.

Er sichert zu, die Frage beziehungsweise Anregung bezüglich der Höhe der Hallen des Rettungsdienstes in den weiteren Planungen zu thematisieren.

KAbg. Försterling schlägt vor, eine Vereinbarung mit den Kostenträgern über den Abschreibungszeitraum des zweiten Stellplatzes zu treffen. Bei Feststellung der Bedarfsgerechtigkeit zu einem späteren Zeitpunkt sollte eine Abschreibung nur noch über die Restnutzungsdauer erfolgen.

Er verdeutlicht zudem die Notwendigkeit des Schulungsraumes für Ausbildung von Notfallsanitäter*innen durch die DRK Rettungsdienst gGmbH.

KAbg. Ganzauer merkt an, dass die Baukosten nach seiner Erfahrung in letzter Zeit aufgrund des Rückgangs der Hochbaumaßnahmen nicht mehr so stark gestiegen beziehungsweise vereinzelt sogar gesunken seien.

Ferner teilt er mit, dass der Landkreis Wolfenbüttel laut eines Presseberichts 2.000.000 € an die Gemeinde Cremlingen zahlen müsse und fragt dazu, ob diese Summe unabhängig von den tatsächlichen Baukosten anfällt.

Herr Beddig erläutert, dass die im Beschluss des Rates der Gemeinde Cremlingen aufgeführten 2.000.000 € auf der bisherigen Planung basieren und der Landkreis die tatsächlichen Baukosten, auch wenn diese unter den geplanten Kosten liegen sollten, zahlen wird.

Herr Beims fragt, ob für die Kosten des Grundstücks eine einmalige Ablösung geplant ist oder ob eine Pacht gezahlt wird.

Herr Beddig teilt mit, dass derzeit davon ausgegangen wird, dass für das Grundstück kein Geld an die Gemeinde Cremlingen gezahlt werden muss.

Herr Beims fragt, ob die Kosten für den geplanten Bau auf das Jahr 2024 hochgerechnet wurden und ob die Kostensteigerung um 20 % pro Quadratmeter im Vergleich zum Bau der Rettungswache in Schöppenstedt im Jahr 2016 angesichts der Baupreisindexsteigerungen der vergangenen Jahre plausibel sei.

Herr Beddig erklärt, dass die Prognose der Kostenentwicklung schwierig sei. Die Kosten in der Vorlage basieren auf dem aktuellen Baupreisindex.

KAbg. Försterling ergänzt, dass die Kosten für den Bau der Rettungswache in Schöppenstedt verhältnismäßig hoch gewesen seien, da diese erst nach Fertigstellung des Feuerwehrgerätehauses gebaut wurde. Dies sei eine mögliche Erklärung dafür, dass die von Herrn Beims angesprochene Kostensteigerung pro Quadratmeter geringer ist, als auf den ersten Blick erwartet.

KAbg. Kamphenkel lobt die Weitsicht bei der Planung des zweiten Stellplatzes und spricht seine Unterstützung aus.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag stimmt dem Neubau einer Rettungswache im Rahmen eines kombinierten Baus mit dem Feuerwehrgerätehaus Cremlingen, wie er sich aus der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage XIX-0262/2023 ergibt, zu.
2. Die nach der derzeitigen Kostenschätzung notwendigen zusätzlichen Mittel in Höhe von 800.000,-€ werden in den Haushalt 2024 eingestellt.

TOP 8 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige im Feuer- und Katastrophenschutz Vorlage: XIX-0256/2023/1

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 8 auf.

KAbg. Kamphenkel erläutert den Antrag.

Es wird ergänzt, dass der im Antrag unter Nr. 3 genannte Haushaltsansatz in Höhe von 25.000 € nicht zu hoch sei. Derzeit stünden im Haushalt für die Aufwandsentschädigung bereits 65.000 € für den Bereich Brandschutz und 10.000 € für den Bereich Katastrophenschutz zur Verfügung. Ferner würden nicht nur die in der Satzung genannten 11 Personen von einer Erhöhung der Aufwandsentschädigung profitieren. Von einer entsprechenden Änderung wären auch die Kreisausbilder sowie die Mitglieder des Katastrophenschutzstabes betroffen. Darüber hinaus würden Führungskräfte der Kreisfeuerwehrbereitschaften derzeit nicht in der Satzung berücksichtigt.

KAbg. Oesterhelweg lobt den Ansatz und kündigt Unterstützung an.

Darüber hinaus äußert er zwei Bitten:

1. Bei der Überarbeitung der Satzung sollte berücksichtigt werden, wie andere Landkreise und kreisfreie Städte verfahren.
2. Um Ungleichgewichte bei der Aufwandsentschädigung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden zu vermeiden, sollten diese in den Gesprächsrunden der Hauptverwaltungsbeamten über die geplante Änderung der Satzung informiert und beteiligt werden.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass das Thema bereits durch Herrn Beddig bei den kreisangehörigen Gemeinden angesprochen wurde

Herr Beddig ergänzt, dass bezüglich der ersten Bitte von KAbg. Oesterhelweg bereits ein entsprechender Arbeitsauftrag an Herrn Glaeske ergangen ist. Sobald erste Tendenzen oder Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorliegen, sollen diese auch in der Runde der Hauptverwaltungsbeamten bekanntgegeben werden.

Die Ausarbeitung eines Vorschlags erfolge entsprechend des Antrags zusammen mit dem Kreisbrandmeister. Dieser ist zugleich auch Vorsitzender des Kreisfeuerwehrverbandes. Aufgrund der steuerrechtlichen Relevanz von stundenbasierten Aufwandsentschädigungen, sind unter Umständen verbindliche Anfragen an Finanzämter zu richten, weshalb ungewiss ist, ob alle offenen Fragen bis zur Sitzung am 11. Mai 2023 geklärt sind.

Landrätin Steinbrügge fügt hinzu, dass ein erster Vorschlag in der Sitzung am 11. Mai 2023 vorgelegt werden könne. Unter Umständen sei dieser jedoch aufgrund offener rechtlicher Fragestellungen noch nicht beschlussfähig.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nimmt von den Erläuterungen der SPD-Kreistagsfraktion zum Antrag sowie von den Ausführungen der Verwaltung zum weiteren Vorgehen Kenntnis.

TOP 9 Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine - Mündlicher Bericht

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 9 auf.

Herr Lehmann berichtet anhand einer Präsentation über die aktuelle Lage bei der Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Da das Land Niedersachsen zu Beginn letzten Jahres im Vergleich zu anderen Bundesländern in höherem Maße Vertriebene aus der Ukraine aufgenommen hat, erfolgen die Zuführungen momentan überwiegend in andere Bundesländer. Voraussichtlich ab der 13. Kalenderwoche ist wieder mit neuen Zuführungen in den Landkreis Wolfenbüttel zu rechnen.

Herr Beddig ergänzt, dass die Sammelunterkunft KOMM in Abstimmung mit dem DRK lediglich vorübergehend geschlossen wurde. Ein Hochfahren des Betriebs sei innerhalb von zwei Wochen möglich. Zukünftig müsse sich darüber unterhalten werden, ob die Sammelunterkunft Alte Realschule Schöppenstedt mit ca. 100 Plätzen alleine ausreichend sei oder ob Alternativen, beispielsweise in Form von Containerlösungen, geschaffen werden müssen.

Die Kosten für die Sammelunterkünfte Alte Realschule Schöppenstedt (ab März 2022) und KOMM (ab August 2022) belaufen sich für das Jahr 2022 auf 2.100.000 €. Seitens des Bundes wurden im Rahmen des sogenannten „Drei-Säulen-Modells“ 500.000 € und seitens des Landes über den Nachtrag 2022 728.000 € zur Verfügung gestellt. Ferner wurden ab dem 01.06.2022 Erstattungen durch das Jobcenter für Leistungsbezieher*innen nach dem SGB II gezahlt. Diese Erstattungen beliefen sich im Jahr 2022 auf insgesamt 225.000 €.

In 2023 würden von den seitens des Landes angekündigten 50.000.000 € für die Vorhaltung von Sammelunterkünften ca. 800.000 € auf den Landkreis entfallen. Bei den derzeit hochgerechneten Vorhaltekosten und möglichen Erstattungen durch das Jobcenter, wird auch im Jahr 2023 keine Kostendeckung erreicht werden.

KAbg. Försterling richtet seinen Dank an die Bürgerinnen und Bürger in Schöppenstedt und hebt die positive Beteiligung in der Samtgemeinde Elm-Asse bei der Bereitstellung von Wohnraum hervor. Für die zukünftige Unterbringung von Geflüchteten sollten insbesondere langfristige Lösungen gefunden werden.

Landrätin Steinbrügge merkt an, dass eine Prognose der zu erwartenden Anzahl an Geflüchteten äußerst schwierig sei. Bei der Planung von langfristigen Lösungen müsse auch geklärt werden, ob die Unterbringung zentral, wie auf Landesebene, oder dezentral erfolgen soll. Ein wichtiger Punkt hierbei seien die Vorhaltekosten. Zusätzlich zur Sammelunterkunft Alte Realschule, die weiterhin vorgehalten werden soll, müsse es dennoch Alternativen geben.

KAbg. Ganzauer betont, dass es sich bei der Unterbringung von Geflüchteten in Schöppenstedt mittlerweile um einen Dauerzustand handele. Angesichts der weltpolitischen Entwicklung, des Klimawandels sowie der Bevölkerungsentwicklung, sei zukünftig mit einer steigenden Zahl an Geflüchteten zu rechnen. Dies mache ein frühzeitiges Befassen mit langfristigen Lösungen notwendig.

Darüber hinaus fragt er nach der aktuellen Vorlaufzeit für die Zuführung von weiteren Vertriebenen aus der Ukraine.

Herr Beddig teilt mit, dass die Vorlaufzeit derzeit zwei Wochen beträgt.

KAbg. Müller fragt, ob die Möglichkeit besteht, durch die Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH (WoBau), Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Im Ulmenweg in Wolfenbüttel stünden derzeit Wohnungen leer.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass bereits Wohnungen durch die WoBau zur Verfügung gestellt wurden. Im Zuge dessen wurde auch ein geplanter Abriss durch den Aufsichtsrat verwehrt, um die Wohnungen für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen.

KAbg. Kamphenkel fragt, ob die nicht busgebundene Zuführung sowie die private Aufnahme von Vertriebenen weiterhin möglich sei und welches die erste Anlaufstelle ist.

Herr Beddig erklärt, dass die erste Anlaufstelle die Landesaufnahmebehörde sei. Dort erfolge neben der Erstregistrierung auch die Anrechnung auf die Quote des Landkreises.

Frau Heintzen bestätigt die Aussage von Herrn Beddig. Des Weiteren berichtet sie, dass das Land Niedersachsen zurzeit einen Aufnahmestopp auf Grund einer Überquote von derzeit 16.000 Personen hat.

KAbg. Kamphenkel führt einen weiteren Fall an, indem es um einen nicht angemessenen Mietvertrag hinsichtlich der Größe der Wohnung sowie der Höhe der Mietkosten geht. Er äußert sein Unverständnis über die strenge Handhabung des Landkreises Wolfenbüttel hinsichtlich der Angemessenheitsgrenzen, insbesondere vor dem Hintergrund des knappen Wohnraums.

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass Einzelfälle nicht im Ausschuss behandelt werden können und sichert zu, den Hinweis mitzunehmen.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nimmt von dem mündlichen Bericht zur Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine Kenntnis.

TOP 10 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf.

Frau Klooth berichtet, dass es zukünftig keinen festen Tagesordnungspunkt mehr zur aktuellen Lage der Corona-Pandemie geben wird.

Ferner wird berichtet, dass seitens des Bundes Fördermittel in Höhe von 524.800 € zur Digitalisierung des Gesundheitsamtes bewilligt wurden. Mithilfe der Fördermittel soll unter anderem eine Digitalisierungsstrategie erstellt werden. Darüber hinaus sind Investitionen in das Datenschutzkonzept, die IT-Sicherheit, die Hardware, die elektronische Akte sowie die Telematik geplant.

Herr Beddig berichtet zum Katastrophenschutzzentrum Am Exer. Nachdem bereits Gespräche mit dem DRK bezüglich eines Kaufs des Grundstücks sowie der Planung stattgefunden haben, seien nun Gespräche mit der Stadt Wolfenbüttel zu führen. Der Landkreis müsse als dritte Partei einem städtebaulichen Vertrag beitreten. Die Übernahme des Planervertrages sei laut Auskunft des Rechnungsprüfungsamtes nicht möglich, so dass eine europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen durchgeführt werden müsse. Voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 11. Mai 2023 kann mit weiteren Informationen gerechnet werden.

Ferner berichtet er über den aktuellen Stand der Katastrophenschutzbedarfsplanung. Die fünf vorgesehenen Szenarien-Workshops haben unter großer Beteiligung verschiedener Akteure stattgefunden. Im nächsten Schritt erfolgen nun die Auswertung der Workshops sowie die Erstellung des Gutachtens durch die beauftragte Firma. Die Ergebnisse werden sodann im Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit vorgestellt.

Darüber hinaus teilt er mit, dass verschiedene Fahrzeuge für die Kreisfeuerwehr beschafft werden. Entsprechende Aufträge wurden bereits erteilt. Eine Übersicht wird über das Protokoll nachgereicht.

Protokollnotiz:

Die Übersicht ist dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

TOP 11 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 11 auf und stellt fest, dass keine Fragen durch Einwohnerinnen oder Einwohner vorliegen.

Vorsitzender Brücher bedankt sich für die Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 17:53 Uhr.

gez.
Vorsitzender Bertold Brücher

Erster Kreisrat Heiko Beddig

Protokollführer Daniel Brennecke

Anlagen: - 4 -